

Rojava im syrischen Bürgerkrieg

Thomas Schmidinger

Hatten die KurdInnen als größte sprachliche Minderheit Syriens in besonderem Maße unter dem arabisch-nationalistischen Baath-Regime gelitten, so scheinen sie nun die großen Gewinner des Bürgerkrieges zu sein: Zum ersten Mal in der Geschichte gibt es ein kurdisches Autonomiegebiet in Syrien. Kurdische Einheiten haben dem so genannten „Islamischen Staat“ sogar arabisch besiedelte Gebiete abgenommen und beherrschen diese heute mit ihren arabischen Verbündeten. Zugleich ist es der die Region beherrschenden Schwesterpartei der PKK bislang nicht gelungen andere politische Parteien der KurdInnen an Bord zu holen. Vieles spricht dafür, dass der anhaltende Bürgerkrieg zu einer Verstärkung der autoritären und militaristischen Kräfte innerhalb der kurdischen Gesellschaft führt.

In Rojava, oder Rojavaya Kurdistanê, Westkurdistan, wie die kurdischen Regionen in Syrien auf Kurmancî bezeichnet werden, leben nicht nur KurdInnen. Vielmehr handelt es sich um eine ethnisch, sprachlich und religiös gemischte Region, in der sich seit Jahrhunderten kurdische und arabische Stämme mit aramäischsprachigen ChristInnen begegnet sind. Im 19. Jahrhundert kamen muslimische Flüchtlinge aus dem Nordkaukasus in die Region und ab 1915 die WestarmenierInnen, die die jungtürkische Regierung des Osmanischen Reiches in das heutige Syrien deportieren ließ. In der Stadt Qamishli (Kurdisch: *Qamişlo*) lebten bis vor kurzem neben Muslimen und Christen auch noch Jüdinnen und Juden. In einigen Dörfern der Cizîrê, vor allem aber in der westlichsten Region Efrîn gibt es auch Dörfer der Êzîdî.

Als bewaffnete Einheiten der in der Türkei Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkerên Kurdistanê*, PKK) im Juli 2012 Kobanê und schließlich auch die Cizîrê und Efrîn übernahmen, stellte die Fragmentierung des kurdischen Siedlungsgebietes in drei Enklaven eines der größten militärischen Probleme für die neu gegründeten Volksverteidigungseinheiten (*Yekîneyên Parastina Gel*, YPG) dar.

Im Juli 2012 übernahmen kurdische Einheiten kampflos die drei kurdischen Siedlungsgebiete. Die Soldaten der Regierungsarmee ließen große Teile ihrer Ausrüstung und Munition zurück. Die Absprachen zwischen der Führung der 2003 gegründeten Schwesterpartei der PKK, der Demokratischen Unionspartei (*Partiya Yekîtiya Demokrat*, PYD) und dem Regime brachten beiden jedoch eine win-win-Situation. Das Regime benötigte im Sommer 2012 dringend die eigenen Soldaten zur Bekämpfung der arabischen Opposition in Zentralsyrien und wollte sicherstellen, dass die kurdischen Gebiete nicht in die Hand der Opposition fielen. Die PYD konnte damit allerdings ihr eigenes Autonomiegebiet schaffen und zugleich das rivalisierende Parteienbündnis des Kurdischen Nationalrats in Syrien (*Encûmena Nîştîmanî ya Kurdî li Sûriyeyê*, ENKS), der von der Regionalregierung Kurdistans im Irak unterstützt wurde, zurückdrängen.

Lediglich in der größten kurdischen Stadt, in Qamisli, die über eine große arabische, armenische und syro-aramäische Minderheit verfügt, blieb das Regime mit seiner Armee partiell präsent. Dort kontrolliert die Regierungsarmee bis heute strategisch wichtige Positionen wie den Flughafen, das Grenztor zur Türkei oder den Bahnhof, sowie Teile der Innenstadt und des arabischen Viertels und einige Gebiete südlich der Stadt. Neben der

YPG wurde auch eine eigene Frauenarmee, die Frauenverteidigungseinheiten (*Yekîneyên Parastina Jin*, YPJ) aufgebaut. Da feministische Positionen über alle ideologischen Veränderungen der PKK hinweg immer eine wichtige Überzeugung des gesamten PKK-Parteienspektrums blieben, wurde auch in Rojava nun darauf geachtet, eigene Frauenstrukturen aufzubauen, inclusive einer eigenen Frauenarmee.

Mit der Übernahme der kurdischen Gebiete durch die YPG/YPJ im Sommer 2012 stellte sich für die BewohnerInnen der Region auch die Frage der zivilen Verwaltung der kurdischen Gebiete. Als problematisch stellte sich dabei die scharfe Rivalität zwischen den verschiedenen kurdischen Parteien heraus, die bis heute nicht zu einer gemeinsamen politischen Struktur fanden.

Bereits 1957 war im Untergrund mit der Demokratischen Partei der Kurden in Syrien (*Partiya Dêmokrat a Kurd li Sûriyê*, PDKS) die erste kurdische Partei in Syrien gegründet worden, die noch v.a. von bürgerlichen kurdischen Intellektuellen aus dem kurdischen Viertel in Damaskus getragen wurde, aber auch in der Cizîrê etabliert werden konnte. Dort gelang es der Partei, sich durch die Einbindung zweier kurdischer Organisationen, der 1952 in Qamishli gegründeten Organisation der vereinigten demokratischen kurdischen Jugend und der aus der Kommunistischen Partei hervorgegangenen Gruppierung Azadî, zu etablieren (Allsopp 2014: 75).

Spätestens 1960 benannte sich die Partei schließlich in Demokratische Partei Kurdistans in Syrien (*Partiya Demokrat a Kurdistanê li Sûriyê*) um (Tejel 2009: 49), womit sich die Partei nicht mehr nur als Minderheitenpartei der Kurden verstand, sondern erstmals den Begriff „Kurdistan“ in ihrem Namen trug. Die ursprüngliche PDKS spaltete sich allerdings ab Mitte der 1960er-Jahre zunächst in eine ‚Linke‘ (*Çep*) und eine ‚Rechte‘ (*Rast*) Partei. Nicht nur die Ideologie, sondern auch persönliche Verbindungen und Loyalitäten, Intrigen des Geheimdienstes, aber auch der Einfluss irakisch-kurdischer und türkisch-kurdischer Parteien, führten in den folgenden Jahrzehnten zu einer immer stärker zersplitterten kurdischen Parteienlandschaft in Syrien, die auch im Vergleich zu allen anderen Teilen Kurdistans extrem undurchschaubar geworden ist. Viele Parteien trugen dabei über Jahre hinweg die gleichen Namen und waren nur noch durch die Namen der jeweiligen Vorsitzenden voneinander zu unterscheiden.

In den 1980er-Jahren hatte das syrische Regime wiederum die Arbeiterpartei Kurdistans PKK gegen die Türkei unterstützt. Der Preis für diese Unterstützung war jedoch, sich von jeglicher politischen Einmischung in Syrien fernzuhalten. Erst nach der Exilierung von PKK-Parteiführer Abdullah Öcalan und seiner Verschleppung aus Kenia durch den türkischen Staat wurden die alten AnhängerInnen der PKK auch in Syrien aktiv und gründeten 2003 die Demokratische Unionspartei (*Partiya Yekitiya Demokrat*, PYD), die zunächst trotz der früheren Unterstützung der PKK durch das Regime zwischen 2003 und 2011 brutalen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt war. Das schwierige Verhältnis mit dem Regime änderte sich erst durch die Proteste seit 2011, als die PYD mit ihrer demonstrativen Distanz zur arabischen syrischen Opposition dem Regime als das geringere Problem erschien als die von der Regionalregierung Kurdistans im Irak unterstützten Parteien des Kurdischen Nationalrats in Syrien (*Encûmena Nîştîmanî ya Kurdî li Sûriyeyê*, ENKS) oder gar die 2005 von Mishal at-Tammu (Kurdisch: Mişel Temo) gegründete Kurdische Zukunftsbewegung in Syrien (*Şepêla Pêşerojê ya Kurdî li Sûriyê*), die sich als einzige kurdische Partei an den von arabischen Parteien geführten Oppositionsbündnissen beteiligte und die innerkurdisch als die schärfsten Gegnerinnen der PYD galten.

Die Proteste gegen das syrische Regime blieben im Frühling 2011 in den kurdischen

Gebieten zunächst verhalten. Während in Amûdê die Beteiligung an den Protesten von Anfang an relativ stark war und sich die im Komîta Tensîqê zusammengeschlossenen Parteien (Zukunftsbewegung, Azadî und Yekîtî) von Anfang an hinter die Proteste stellten, blieb die Beteiligung in anderen Städten Rojavas zunächst gering. Mishal at-Tammu, der bereits im Mai 2009 nach dem syrischen Strafgesetzbuch wegen „Untergrabung des Ansehens des Staates“, „Schwächung des Nationalgefühls“ und der „Moral der Nation“ zu drei Jahren Haft verurteilt worden war und sich v.a. im Qamishli unter jüngeren KurdInnen einer gewissen Beliebtheit erfreute, beteiligte sich als einziger kurdischer Parteiführer im Juli 2011 an der Gründung des Syrischen Nationalrates (SNC) und übernahm als Mitglied des Exekutivrates des SNC eine zentrale Vermittlungsposition zwischen der arabischen und der kurdischen Opposition. Mishal at-Tammu kam wohl auch deshalb in das Fadenkreuz des Regimes. Bereits am 8. September 2011 wurde er zum ersten Mal zum Ziel eines Anschlags und schließlich am 7. Oktober 2011 von vier Männern in Qamishli erschossen. Dass seine AnhängerInnen heute die PYD und nicht das Regime beschuldigen hinter dem Mord zu stehen (Schmidinger 2014: 239), zeigt, wie angespannt die innerkurdischen politischen Verhältnisse bis heute sind.

Die Ermordung Mishal at-Tammus triggerte die Proteste in den kurdischen Gebieten. Seine Beerdigung wurde zur ersten Massendemonstration gegen das Regime in Qamishli. Von Oktober bis zum Sommer 2012 erreichte die syrische Revolution auch die kurdischen Gebiete. Im Gegensatz zu den zentralsyrischen Städten eskalierten die Proteste in den kurdischen Gebieten jedoch nicht zu einem bewaffneten Konflikt. Erst der weitgehend kampflöse Abzug der Regierungstruppen im Juli 2012 ermöglichte es den bewaffneten KämpferInnen der HPG mit der YPG und YPJ, eigene bewaffnete Kräfte der syrischen KurdInnen aufzubauen.

Damit übernahm jedoch auch die PYD die politische Führung in der Region und rief im Jänner 2014 drei autonome Kantone aus, welche die drei kurdischen Enklaven umfassen: Efrîn, Kobanê und Cizîrê. Mit dem Erstarken jihadistischer Gruppen wie der Jabhat al-Nusra und des so genannten „Islamischen Staates“ (IS) wurden die Kantone zunehmend in Kämpfe mit diesen jihadistischen Milizen verwickelt.

Am schlimmsten traf es dabei den Kanton Kobanê, der nach einem ersten gescheiterten Großangriff des IS im Sommer 2014, im Herbst 2014 von den jihadistischen Kämpfern überrannt wurde und erst in letzter Minute unter sehr hohen Verlusten wieder befreit werden konnte. Das Stadtzentrum von Kobanê wurde im Dezember 2014 nach wochenlangen Kämpfen weitgehend zerstört. Im Februar 2015 gelang es schließlich mit Unterstützung der US-Luftwaffe, säkularen arabischen Oppositionsgruppen und irakischer Peshmerga, den Angriff des IS zurückzuschlagen. Die Schlacht von Kobanê bildet seitdem einen Wendepunkt im Kampf gegen den so genannten „Islamischen Staat“.

Das militärische Bündnis mit säkularen Einheiten aus der ehemaligen Freien Syrischen Armee (FSA) war so erfolgreich, dass es im Juni 2015 schließlich sogar gelang, den mehrheitlich von AraberInnen bewohnten Landstrich zwischen den Kantonen Kobanê und Cizîrê, um die Stadt Tal Abyad zu erobern und damit zwei der drei Kantone miteinander zu verbinden. Aus diesem Bündnis wurden am 10. Oktober 2015 schließlich die Syrischen Demokratischen Kräfte (*Hêzên Sûriya Demokratîk*, SDF), die zwar im Kern immer noch von YPG und YPJ dominiert werden, allerdings auch arabische, assyrische und turkmenische Einheiten umfassen.

Der Verwaltung der Kantone gelang es, in diesen Jahren einen kurdischen Parastaat zu etablieren, der neben einer Armee auch über eigene Polizeikräfte, Regierungen und staatliche Strukturen verfügt, zugleich allerdings immer noch vielfach von der Regierung in

Damaskus abhängig ist. Mit der Bezahlung von Beamten und Lehrergehältern in zwei der drei Kantonen, verfügt die Regierung unter Assad immer noch über signifikanten Einfluss auf das Bildungswesen der Region. Lediglich in Kobanê sind durch die Zerstörung der Schulen durch den IS nun eigene kurdische Schulen aufgebaut worden, in denen auf Kurdisch unterrichtet wird.

Bis zum März 2016 hatten die drei Kantone formal keine gemeinsame politische Struktur. Am 17. März 2016 wurde schließlich auf einer Versammlung von kurdischen, assyrischen, arabischen und turkmenischen Delegierten in Rumaylan eine autonome *Föderation Nordsyrien – Rojava* ausgerufen, die zwar keine Abspaltung von Syrien erklärt hatte, allerdings innerhalb Syriens eine sehr weitreichende Autonomie beansprucht. Von VertreterInnen mancher nichtkurdischer Minderheiten, AraberInnen, AssyrerInnen/AramäerInnen und ArmenierInnen wurde dies teilweise mit starker Skepsis aufgenommen und vom Regime in Damaskus verurteilt. Die Autonomieerklärung dürfte bestehende Spannungen zwischen verschiedenen Gruppierungen in der größten Stadt Qamishli noch verstärkt und mit zu Kämpfen zwischen christlichen regimetreuen Milizen und der YPG im April 2016 beigetragen haben.

Die ökonomische Situation in Rojava hat sich durch den andauernden Bürgerkrieg und durch die Grenzblockade durch die Türkei sowie der aufgrund der politischen Konflikte mit der Regionalregierung Kurdistans im Irak geschlossenen Grenze, seit 2015 deutlich verschlechtert. Lebensmittelpreise und Preise für andere Güter haben sich innerhalb Rojavas empfindlich erhöht. Die ökonomischen Probleme führten zu einer wachsenden Unzufriedenheit mit der kurdischen Verwaltung – auch innerhalb der kurdischen Bevölkerung. Für Unmut unter den Oppositionsparteien führte zudem die Einführung einer Wehrpflicht für kurdische Männer in der YPG. Verhaftungen von Oppositionspolitikern, wie etwa den lokalen Parteiführern der *Yekîti*-Partei in *Amûdê* Ende Mai 2016, zeigen einen zunehmend autoritären Umgang mit politischen Protesten der Oppositionsparteien.

Militärisch befinden sich YPG/YPJ bzw. die SDF weiter im Vormarsch gegen den so genannten „Islamischen Staat“ (IS). Dass die SDF im Juli 2016 trotz US-amerikanischer Luftunterstützung über Wochen um die Stadt Manbij kämpfen und in ihrem Versuch eine Verbindung zwischen den Kantonen Efrîn und Kobanê bis Ende Juli 2016 nur mäßige Erfolge zu verzeichnen hatten, zeigt allerdings, dass trotz militärischer Erfolge der Krieg gegen den IS noch lange nicht gewonnen wurde. Zuletzt zeigte der Anschlag auf einen kurdischen Checkpoint in Qamishli vom 27. Juli 2016, bei dem über 40 Menschen ums Leben kamen und über 180 verletzt wurden, dass der IS fähig ist, in kurdischen Kerngebieten mit Selbstmordanschlägen großen Schaden anzurichten.

Das Projekt Rojava hängt angesichts der Isolation von Seiten der Türkei nicht unwesentlich von der militärischen Unterstützung durch die USA im Kampf gegen die Jihadisten ab. Ungewiss bleibt jedoch, was nach einem Sieg der Regierungstruppen mit dem Autonomiegebiet geschehen würde. Bislang gibt es aus Damaskus keine Anzeichen, dass es eine Akzeptanz für eine föderale Lösung für Syrien geben könnte. Viele syrische KurdInnen stimmen in solcher Ungewissheit mit ihren Füßen ab und sind längst in den AsylwerberInnenquartieren in Deutschland und Österreich gelandet.

Literatur

Allsopp, Harriet (2014) *The Kurds of Syria. Political Parties and Identity in the Middle East*. I.B. Tauris.
Schmidinger, Thomas (2014) *Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan*. Wien: Mandelbaum Verlag.
Tejel, Jordi (2009) *Syria's Kurds. History, politics and society*. London / New York: Routledge.